

Papierlose Verwaltung nachhaltig und effizient

MdL Katharina König: Mehr Servicequalität von Behörden gegenüber den Bürgern

Die Möglichkeit zur digitalen Abwicklung von Verwaltungsaufgaben (eGovernment) ist ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Servicequalität von Behörden gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich entstehen innerbehördliche Effizienzgewinne. Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sieht in Thüringen große Entwicklungsnotwendigkeiten: „Während in der ganzen Welt an modernen Lösungen des eGovernments und von papierlosen Verwaltungsabläufen gearbeitet wird, verharrt ein Großteil der Thüringer Landesverwaltung noch im Papierzeitalter. Ich sehe hier großen Handlungsbedarf.“

Als Beispiel könne etwa der Thüringer Landtag dienen: Mit dem Abgeordneten-Informationssystem (AIS) verfüge dieser für die Mitglieder des Thüringer Landtags sowie die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ein digitales Serviceportal, welches sämtliche Dokumente des Parlamentsbetriebs zur Verfügung stellt.

Trotzdem werde noch immer seitens der Verwaltung jeder parlamentarische Vorgang in Papierform an alle Abgeordneten übermittelt. Aus Katharina Königs Sicht wäre der Thüringer Landtag ein guter Startpunkt für den Einstieg in eine weitgehend papierlose Verwaltung - und damit auch zu einem

gesenkten Ressourcenverbrauch und verringerten Kosten.

„Alle Abgeordneten können es bestätigen: Gerade nach Wahlkreiswochen oder auch der Sommerpause ersticken wir in Unmengen an Papier, wovon ein großer Teil - etwa beantwortete Anfragen zu lokalen Problemen außerhalb des eigenen Wahlkreises - mehr oder weniger direkt in der Papiertonne landet. Das ist unnötiger Aufwand: Das AIS bündelt schon heute alle Informa-

nach und nach dann auch auf die anderen Bereiche der Landesverwaltung übertragen werden:

„eGovernment bietet hohe Chancen für Transparenz und Effizienz. Ich sehe etwa die papierlose Verwaltung als wichtige Vorbedingung für ein zukünftiges OpenGovernment, wie es die rot-rot-grüne Koalition mit dem vereinbarten Transparenzgesetz anstrebt. Nahtlos können dann die Dokumente, die auch für die Öffentlichkeit bestimmt



tionen für uns Abgeordnete und wir können gemäß unserer thematischen und regionalen Schwerpunkte die notwendigen Informationen herausziehen. Im digitalen Zeitalter ist das Ausdrucken oder Kopieren jedes Antrags und jeder Vorlage schlicht und einfach Papierverschwendung“, kritisierte die Netzpolitikerin.

Die papierlose Verwaltung müsse

sind, an die jeweiligen Stellen weitergereicht werden. Zugleich muss bei sensiblen Daten die Datensicherheit gewährleistet sein. Hier kann und muss Thüringen in den nächsten Jahren große Schritte nach vorn machen“, so Katharina König, die auf entsprechende Vorhaben im Koalitionsvertrag verwies.

Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“ in Thüringen aktiv (Forts. von Seite 5)

Bei mehreren Brandanschlägen gegen Flüchtlingsunterkünfte gibt es Bezüge zu der Partei. Im bayrischen Ingolstadt ermittelt deswegen die Staatsanwaltschaft. Auch in Thüringen ist die Partei „Der Dritte Weg“ seit anderthalb Jahren aktiv, verstärkte ihre Aktivitäten in den letzten Monaten und macht gegen Flüchtlinge mobil.

Anfang Mai mobilisierte sie mehrere Hundert Neonazis zu einer Demonstration. „Wir haben beim Aufmarsch vom 'Dritten Weg' am 1. Mai in Saalfeld gesehen, dass es diesen Neonazis nicht um ein Biedermann-Image geht, sondern um pure Aggression, möglichst radikale Hetze, NS-Bezüge und gewalttätiges Auftreten“, sagte die Abgeordnete der Linksfraktion Katharina König, die auf mehrere Attacken der Neonazis auf Gegendemonstranten, Journalisten und Polizisten verweist. Einige, die von den Anhängern der Partei attackiert wurden, leiden noch heute an den Folgen der Verletzungen.

Anhänger vom „Dritten Weg“ nahmen in den letzten Monaten auch an Demonstrationen gegen Flüchtlinge bzw. Asylunterkünfte in Thüringen teil. Ende Mai wurde zudem ein eigener Stützpunkt der Partei in Thüringen ge-

gründet, der in den letzten Wochen vermehrt Flyer im Umland von Jena und jüngst auch in Rudolstadt verteilte. In den dort in Umlauf gebrachten Pamphleten mit fremdenfeindlichen Ressentiments werden geflüchtete Menschen als „Kultur- und Blutsfremde“ diffamiert. Auch das Programm der Partei ist an das 25-Punkte-Programm der NSDAP angelehnt.

„Während andere rechtspopulistische und extrem rechte Parteien sich zumindest den Anschein bürgerlicher Seriosität geben, versucht der 'Dritte Weg', durch sein radikales und unverblümtes Auftreten auch in der Neonazi-Szene zu punkten, um Kameradschaften, so genannte 'Freie Netze' und enttäuschte NPD-Anhänger zu rekrutieren“, so Katharina König.

Die relativ junge Geschichte der Kleinstpartei mache zudem die Schwierigkeiten bei Verbotverfahren deutlich. „Der 'Dritte Weg' ist im Grunde eine Ersatzorganisation einer 2014 verbotenen Gruppe, die aber de facto ihre menschenverachtenden Aktivitäten ungehindert fortsetzen kann“, so die Abgeordnete mit Blick auf die bereits verbotenen Vereinigungen „Freies Netz Süd“ und „Fränkische Aktions-

front“. „Gerade bei den Gewalttaten ist repressiver Druck unerlässlich. Wenn neonazistische Gruppen und bürgerliche Fremdenfeinde jedoch gegen Unterkünfte von Asylsuchenden mobil machen, braucht es Politiker und eine Gesellschaft, die sich schützend vor die Geflüchteten stellen und Solidarität zeigen“, betonte die Landespolitikerin der LINKEN abschließend.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Vorsicht: Sommerloch

Auf eines kann man sich in der journalistischen Saure-Gurken-Zeit, dem Sommerloch, verlassen (neben grassierender Nachrichtenarmut): jedes Jahr wieder tauchen die gleichen Themen auf, wie das berühmte-berüchtigte Ungeheuer von Loch Ness - man hört sonst nichts von ihnen, aber im Sommer kommt es ganz dick!

Da wäre zum Beispiel die „Cyberkriminalität“. Jeden Sommer kann man lesen, wie viele Unternehmen in Thüringen im Vorjahr „Opfer von Cyberangriffen“ geworden sind (2014: 2.267). Als Quelle wird die IHK Erfurt genannt. Ich vermute, die haben dort jemanden, der erstens jede Bratwurstbude zählt, bei deren Besitzer irgendwann der Computer abgestürzt ist, und der zweitens immer im Winter Urlaub macht.

Oder „Hitlers Wunderwaffen in Thüringen“ (bevorzugt: Atombomben): Journalisten (diesmal Frank Schauka für die Thüringer Allgemeine) finden stets im Sommer jemanden, der irgendeine hanebüchene Geschichte erzählt, die sie dann brav verbreiten. Und der Gewährsmann wiederum kennt jemanden, der von irgendwem gehört hat... Nachprüfbar ist das aber - leider, leider - nie. So auch diesmal, denn: die Beweise liegen in Geheimarchiven. Ein Mist aber auch! Immerhin hat Schaukas Geschichte doch Neuigkeitswert: es waren nämlich zwei Atombomben, die Nazis in Thüringen „zur Explosion gebracht haben“. Das ist so - ich möchte daran erinnern -, als ob im Loch Ness zwei Ungeheuer auftauchen. Gleichzeitig.

Björn Höcke von der AfD allerdings wird wohl nur in diesem Sommerloch zum Thema werden (Die Zeit: „Thüringer Fürstchen“). Seine Partei wird wohl nicht lange genug interessant sein, um jährliche mediale Auferstehungen zu feiern: Wie schreibt die „Zeit“ über Höckes Haufen: „desolat organisiert, zerstritten, inhaltlich abstrus“.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.